Morgen=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen bei Hrn. Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz b. Hrn. L. Streisand; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreiundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: A. Jenke; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. Comp.

Nr. 298.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 3. Oktober

Inserate 1¼ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 1. Oktbr. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Gymnasial-Direktor Dr. Schmid zu Halberstadt den Rothen Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife, und dem Steuer-Inspektor und Zollvereins-Stations-Kontroleur Wolff zu Hof in Baiern den Rothen Adler-Orden 4. Kl. zu verleihen.

Se. M der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes Allergnädigst geruht, dem Kanzlei-Rath Seidel beim General-Post-Amte bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Titel als Geheimer Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Kgl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Böttcher zu Elberfeld ist in gleicher Eigenschaft zur Main-Weser-Bahn nach Kassel versetzt worden.

Offizielle militärische Nachrichten.

Mundolsheim, 30. September. Heute Einzug in Straßburg, sodann feierlicher Gottesdienst in der Thomaskirche. Ueber 500 französische Offiziere unterzeichneten Ehrenscheine, 50 bis 100 gingen in die Gefangenschaft. Zahl der Gefangenen noch nicht festgestellt, da noch fortwährend deren eingeliefert werden.

Die Beute in Straßburg ist beträchtlich, 1070 Kanonen bis jetzt gezählt; 2 Millionen Francs Staatseigenthum in der Bank ermittelt, 8 Millionen noch zweifelhaft. Munition, besonders Tuchvorräthe sehr bedeutend. Leszczynski.

Rheims, 30. September. Die Landwehrbataillone Landsberg, Frankfurt, Woldenberg des 13. Armeecorps haben am 28. September wiederholte Ausfälle der Garnison Soissons abgewiesen. Die Garnison erbat sich Waffenruhe zur Abholung der Todten und Verwundeten. Diesseitiger Verlust gering. Krenski.

Telegraphische Nachrichten.

Tours, 2. Oktober. (Auf indirektem Wege.) Ein Dekret beruft die Wähler für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung auf den 16. d. und reproduzirt die bereits früher über die Wahlen getroffenen Bestimmungen. — Die hiesige Abtheilung der Regierung begleitet das Dekret mit einer Proklamation: Die Wahlen, ursprünglich für den 16. d. festgesetzt, seien später auf den 2. d. anberaumt worden, um die Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes zu erleichtern; die unannehmbaren Bedingungen Bismarcks aber hätten die Verpflichtung auferlegt, sich ausschließlich der Vertheidigung zu widmen; deshalb seien die Wahlen wiederum vertagt worden; heute aber trete das Verlangen hervor, daß das allgemeine Stimmrecht sich ausspreche, daß die konstituirende Versammlung sich vereinige vor dem nicht mehr fernen Tage, an welchem die republikanische Regierung, welche durch die Ereignisse und den Muth der Pariser dazu berufen sei, das Werk der Vertheidigung in die Hand nehmen werde. Möge die konstituirende Versammlung selbst der Armee, welche zur Befreiung von Paris bestimmt sei, den Geist des Patriotismus und der Ehre einflößen, welcher in ihr leben wird. Die Wahlen werden vollständig frei sein. — Weiter wird die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe, wie das dem Ernste der Situation entspreche, empfohlen.

Rheims, 1. Oktober. Die von dem Großherzoge von Mecklenburg Schwerin für den Bezirk des General-Gouvernements Rheims ernannten Zivilkommissarien Prinz Karl von Hohenlohe und Graf Taufflirchen haben ihre Funktionen angetreten. Es wird beabsichtigt, auch hier einen amtlichen Anzeiger für das General-Gouvernement erscheinen zu lassen.

Brüssel, 1. Oktober, Abends. Einer Mittheilung des „Journal de Bruxelles" zufolge würden die Milizen aus den Jahrgängen 1863, 1864 und 1865 von der Infanterie und von der Artillerie zu Fuß, sowie alle verheiratheten Männer unter denselben beurlaubt. Außerdem würden vom 1. d. Mts. ab die Observations-Armee und die Armee von Antwerpen sowie der Generalstab aufgelöst.

Brüssel, 2. Oktober. Seit gestern sind die beiden Observationsarmeen und der Generalstab derselben aufgelöst und die in Friedenszeit bestehenden Territorial-Kommandos wieder ins Leben gerufen.

Brüssel, 2. Oktbr., Vormittags. Nach hierher gelangten Berichten aus Tours vom 29. v. M. war daselbst unter den Francs-tireurs in Folge des Mangels an Lebensmitteln und wegen rückständigen Soldes eine Meuterei ausgebrochen. Die Francs-tireurs drohten, die Stadt zu plündern und schossen auf ihre Offiziere, als dieselben sie unter Anwendung der Waffen zur Ruhe zu bringen suchten, so daß es zu einem förmlichen Kampfe zwischen Offizieren und Mannschaften kam. Man war schließlich genöthigt, die Francs-tireurs abziehen zu lassen; dieselben haben sich nach Orleans gewandt.

London, 2 Oktober. Nach Berichten aus Lyon vom 1. Oktober herrschten dort noch immer große Agitation und Parteihader in der Bevölkerung. An der Lyoner Börse notirten am 1. Oktober: 3% Rente 54, 25, Italienische Rente 53, 00, Staatsbahn 757, 50.

Rom, 2. Oktober, Vorm. Die Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Italien geht bis jetzt in vollkommenster Ruhe vor sich, die Bürger finden sich sehr zahlreich bei den Wahlurnen ein. Die italienischen Behörden haben von dem Palaste auf dem Quirinal Besitz ergriffen; man nimmt an, daß der König daselbst seine Residenz aufschlagen werde. In der leoninischen Stadt sind keine Wahlurnen aufgestellt. Der Präsident der Junta gab den Bürgern, welche sich deshalb beschwerten, den Rath, sich bei der nächstgelegenen Wahlstätte zu betheiligen. Die Zeitung „Roma" will wissen, daß der Papst verboten habe, sich am Plebiszite zu betheiligen, selbst nicht um mit „Nein" zu stimmen.

Petersburg, 2. Oktober. „Golos" meldet, daß das dem Reichsrathe vorgelegte Budget für 1871 ohne Defizit schließt. Die friedlichen Absichten Rußlands treten allenthalben hervor.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ **Berlin**, 2. Oktober. Die Frage, ob der bisherige Landtag demnächst berufen, oder zuvor Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen, harrt noch immer der Entscheidung und findet in dieser Veranlassung zwischen dem Staatsministerium und dem Ministerpräsidenten gegenwärtig ein Gedankenaustausch statt. Uebrigens wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwerlich daran gedacht werden, der bevorstehenden Session eine große Anzahl von Vorlagen zu machen. Vorzugsweise handelt es sich nur um die provisorische Feststellung des Staatshaushalts; außerdem werden nur noch einige wenige Vorlagen zur Berathung gelangen, die eine rasche Erledigung fordern. Zu diesen gehört ein Gesetz, welches zur Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz erforderlich ist. Da dieses Gesetz am 1. Juni 1871 in Kraft treten soll, so muß das betreffende Landesgesetz so früh als möglich vereinbart werden, da auch noch der Erlaß der Ausführungsbestimmungen und der Ueberleitung zu den neuen Verhältnissen einige Zeit in Anspruch nimmt. — Die Nachrichten, welche der Staatsminister Delbrück aus München überbracht hat, lauten durchaus günstig für das deutsche Einigungswerk. Daß Herr Delbrück schon unmittelbar wieder nach dem Hauptquartier des Königs abreisen werde, wird in unterrichteten Kreisen bezweifelt und vielmehr erwartet, daß der Genannte zuvor einige Tage hier verweilen wird. — Dem Professor Wagner, der bekanntlich aus Freiburg für den landwirthschaftlichen Lehrstuhl unserer Universität berufen worden, ist auch die Stellung im statistischen Bureau, welche sein Vorgänger inne hatte, übertragen worden.

— Der Kaiser von Rußland hat dem General von Moltke den höchsten russischen Orden, den Georgsorden (2. Kl.) übersendet.

— Der „Pester Lloyd" empfängt von einem Manne, der, wie er sagt, nicht zu den regelmäßigen Korrespondenten des Blattes gehört und seit Jahren zum Grafen Bismarck in näheren Beziehungen steht, ein Schreiben, welches aus den persönlichen Beziehungen des Grafen Bismarck zu dem Präsidenten Grant, dem Gesandten Bancroft, dem General Schurz u. s. w. Eindrücke gewonnen zu haben versichert, die ihn auf die Vermuthung führen, „daß ein enges Zusammengehen zwischen Preußen und der nordamerikanischen Union von dem Grafen Bismarck in die Kombination seiner Politik der nächsten Zeit gezogen ist, und daß er es mit jener wunderbaren Geschicklichkeit, persönliche Beziehungen anzuknüpfen, die neben seiner anscheinenden Offenheit den Schlüssel zu seiner diplomatischen Thätigkeit liefert, verstanden hat, die Fäden hierfür rechtzeitig zu weben." Der Korrespondent schreibt:

„Es giebt eine europäische Frage, bei welcher die nordamerikanische Union nicht müßiger Zuschauer der Ereignisse wird sein wollen, schon deshalb, weil sie streng genommen drei Erdtheile berührt; ich meine die orientalische. Die nordamerikanische Union hat sich bis jetzt Rußland genähert, weil sie von Frankreich durch die mexikanische Expedition, von England durch die Haltung des englischen Kabinets während der Rebellion der Südstaaten geschieden war. Aber diese Annäherung ist nie mehr gewesen, als eine vorübergehende Koketterie; dagegen dürfte die Annäherung an Preußen nachhaltiger und tiefergehend sein. Sollte die orientalische Frage in der That auf die politische Tagesordnung der nächsten Zeit gesetzt werden, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Union sich an der Diskussion betheiligt, und zwar an der Seite Preußens; sollte nach dem Kriege, resp. nach Wiederherstellung des Friedens, zwischen Frankreich und Deutschland von irgend einer Seite das Zusammentreten eines Kongresses beantragt werden, so wundern Sie sich nicht, wenn von preußischer Seite die Idee angeregt wird, das Kabinet von Washington zur Beschickung dieses Kongresses einzuladen. Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit einer Aeußerung zu erwähnen, welche ein preußischer Diplomat gegen einen meiner Bekannten gethan hat.

„Es war lange vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich. Er fragte Jenen, ob von preußischer Seite die Möglichkeit einer militärischen Kooperation von Preußen mit Amerika angenommen sei; ja wohl, lautete die Antwort, wir haben Frankreich gegenüber mit Amerika gleiche Erinnerungen und gleiche Aussichten. Frankreich hat die Union zerreißen wollen, und will die Zerreißung Deutschlands, das Werk Napoleons I., für alle Zeiten aufrecht erhalten. Wird Frankreich geschlagen, dann kann ihm die Union seine Kolonien nehmen, wie wir die Erben seiner Stellung auf dem Kontinente sein werden. Lord Palmerston hat eine Allianz zwischen Frankreich und England zusammengebracht, Preußen und Amerika repräsentiren eine Allianz, die jener weit überlegen ist. Wir brauchen Frankreich und England nicht zu bekriegen, aber wir können sie zwingen, sich uns anzuschließen. Die Armee eines Staates muß die des andern schlagen; die Diplomatie muß das Werk vollenden und den geschlagenen Staat zur Heeresfolge zwingen."

— An der Unterzeichnung des Aufrufs der Fortschrittspartei haben sich zwei hervorragende Führer der Partei, die Herren Oberbürgermeister a. D. Ziegler und Appellations-Gerichtspräsident a. D. v. Kirchmann, Reichstagsabgeordneter für Breslau, nicht betheiligt, und der Letztere hat die von der Unterzeichnung des Aufrufs ihn abhaltenden Gründe in einem längeren, an die Redaktion der „Bresl. Ztg". gerichteten Schreiben entwickelt, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Der Aufruf" — so beginnt Hr. v. Kirchmann — „sagt nach meiner Ansicht theils zu viel, theils zu wenig. Für die große Frage, die jetzt Jedermann bewegt, ob Elsaß und Lothringen für Deutschland zurückzufordern, hat der Aufruf nur die Worte: „Das Volk erwartet einen Friedensschluß, der für lange Zeit die Bürgschaften der äußeren Sicherheit begründet". Diese Worte sind so unbestimmt, daß selbst die Ansicht Jacobys darunter gebracht werden kann. Wenn aber eine große politische Partei mit einem Aufrufe an das Volk hervortritt, darf sie eine so brennende und hochwichtige Frage nicht umgehen. Ebenso bedenklich wie dies Schweigen scheint mir Manches von dem, was der Aufruf für die neue Reichsverfassung fordert. Ich berühre hier, um nicht zu lang zu werden, nur zwei Punkte: Die Mitentscheidung über Krieg und Frieden, welche der Aufruf für das Parlament verlangt, klingt in der Theorie sehr schön, scheint mir aber praktisch unausführbar. Was würde aus Deutschland geworden sein, wenn die Rüstungen in diesem Sommer nur um 14 Tage, bis zur Entscheidung des Reichstages hätten verschoben werden müssen! Die Frage über Krieg und Frieden ist bei dem jetzigen Zustande Europas zu komplizirt und überdem von einer Menge Einzelheiten abhängig, deren Veröffentlichung in solchem Zeitpunkt unmöglich ist, ohne dem Gegner neue Waffen in die Hand zu geben, um das Vaterland zu gefährden. Sodann verlangt der Aufruf, daß der Bundesrath von der Verwaltung der Bundesangelegenheiten ausgeschlossen werde. Ich halte dies für eine sehr bedenkliche Veränderung. Gerade in seiner jetzigen Gestalt, wo dieser Bundesrath theilweise das Reichsministerium darstellt, aber doch von den Einzelregierungen ausgeht, wo er an den Verhandlungen des Reichstags thätig Theil nimmt und die einzelnen Mitglieder ihre entgegengesetzten Ansichten öffentlich geltend machen, finde ich einen höchst glücklichen Ausgleich der partikularen und gemeinsamen, der parlamentarischen und Regierungs-Interessen, dem das Zustandekommen so mancher großen organischen Gesetze in den letzten drei Jahren mit zu verdanken ist. Die Besorgniß, daß der Bundesrath nur ein Hemmschuh der Entwickelung sein werde, hat sich nicht bestätigt; er würde es aber sicherlich werden, wenn man ihn von der Verwaltung ausschlösse."

Dann bekämpft Hr. v. Kirchmann den Gedanken einer konstitutionellen Nationalversammlung und schließt mit folgender Warnung:

„Man sollte doch das, was eine zweiundzwanzigjährige Arbeit an Freiheit und Einheit bisher erreicht hat, nicht wieder dem Belieben eines verfassunggebenden Parlaments überliefern, sondern das Errungene, wäre es zur Zeit auch nur ein Geringes, festhalten und von da aus allmälig, vorsichtig und immer an der Hand konkreter Fragen weiter gehen. Für solche Fragen hat das Volk das Verständniß und hier verliert das allgemeine Wahlrecht seine Gefahren, während für das Grenzenlose und Unbestimmte die Geschichte sie auf jeder Seite zeigt."

— Eine am 26. September in München abgehaltene Versammlung einer größeren Anzahl Abgeordneter der patriotischen (ultramontan partikularistischen) Partei hat sich über die deutsche Verfassungsfrage besprochen und in der Hauptsache beschlossen, das Ministerium mit allen Kräften zu unterstützen, wenn es ihm gelinge, die Bildung eines deutschen Föderativstaates zu erreichen, dagegen keine Unterstützung bezüglich des Eintrittes in den norddeutschen Bund zu gewähren, selbst wenn die Verfassung desselben einige Modifikationen erleiden sollte.

— Der Justizminister hat die Präsidenten der Obergerichte aufgefordert, einen Bericht darüber zu erstatten: in welcher Weise der gegenwärtige Kriegszustand auf die Gerichte influire; ob namentlich die vorhandene Anzahl von Richtern und Beamten ausreiche? Von der Mehrzahl der Obergerichte ist nach der „Post" der erforderliche Bericht dahin erstattet, daß von den Richtern nur eine verhältnißmäßig geringe Anzahl zum Militär einberufen sei, daß die Mehrzahl der Einberufenen zu dem Stande der Assessoren, Referendarien und jüngeren Subalternbeamten gehöre, bei keinem Gericht ist eine erhebliche Störung eingetreten, indem überall die erforderliche Stellvertretung besorgt werden konnte. Auf den Geschäftsgang eingehend, so seien eine Menge Zivilprozesse sistirt, weil die Betheiligten oder Zeugen sich dienstlicher Verrichtungen wegen auf dem Kriegsschauplatze befinden, auch die Kriminalprozesse seien davon berührt. Aus denselben und noch anderen Ursachen würden auch weniger Exekutionen wie sonst vollstreckt. Ebenso sei die Aufnahme der Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit seit Ausbruch des Krieges eine sehr beschränkte.

— Unter den bei Beginn des Krieges in die Armee eingetretenen Abiturienten und Studirenden, sowie aus den Reihen des Unteroffizierstandes haben auf Grund von Auszeichnung vor dem Feinde zahlreiche Beförderungen zu Portepeefähnrichen stattgefunden.

— Das Kriegsministerium hat eine Verstärkung des Lazareth-Reserve-Personals der Armee durch Zivilärzte angeordnet, welche der General-Etappeninspektion zur Verfügung gestellt bleiben. Denselben ist neben ihren sonstigen Entschädigungskompetenzen ein täglicher Diätensatz von 3 und 2 Thalern zugestanden, je nach ihrer Verwendung als ordinirende oder assistirende Aerzte.

— J. Maj. die Königin hat den beiden Kapitänen der 2. deutschen Nordpolfahrt, Koldewey und Hegemann werthvolle Beweise der Anerkennung ihrer Verdienste nach Hamburg zugehen lassen. Der Kapitän der „Germania", Koldewey, ist mit einer goldenen Medaille, welche das Bildniß des Königs schmückt, und der Kapitän der „Hansa", Hegemann, mit einem silbernen Pokal erfreut worden. Beide Gegenstände haben entsprechende Inschriften.

— Aus Kiel meldet das „K. Korr.-Bl.": „Se. M. der König hat dem Herzog Karl von Glücksburg (älteren Bruder des Königs Christian von Dänemark) und dessen Sukzessoren das Schloß Glücksburg zum Nießbrauch wiederum übertragen.

— Die Reise des Präsidenten der luxemburgischen Regierung, Herrn Seranis, nach dem Haag wird von belgischen Blättern mit der angeblichen Absicht Preußens, die Abtretung des Großherzogthums an Preußen zur Friedensbedingung zu machen, in Verbindung gebracht. Bekanntlich ist die Neutralität Luxemburgs durch einen internationalen Vertrag vom 12. Mai 1867 stipulirt; die Ueberlassung des Ländchens an Preußen müßte mithin durch einen neuen Vertrag der europäischen Mächte sanktionirt werden.

— Am 28. September starb zu Bonn der Regierungs-Präsident z. D. Freiherr Friedrich von Wintzingerode.

— Die „Zuk.“ schreibt: Die in voriger Woche konfiszirte Nummer der „Zukunft“ ist heute von der Polizei wieder freigegeben worden; wahrscheinlich ist es der Staatsanwaltschaft nicht opportun erschienen, die Gesetzlichkeit der Falckensteinschen Maßregeln zur Erörterung vor den Gerichten zu bringen.

Bonn, 29. Septbr. Nachdem bereits Bischof Martin von Paderborn mit dem Beispiele vorangegangen ist, hat nun auch für unsere akademischen Verhältnisse die Frage, welche augenblicklich die katholische Welt bewegt, eine praktische Gestalt angenommen. Der Herr Erzbischof von Köln hat nämlich den hiesigen Docenten der theologischen Fakultät dieser Tage einen Revers hinsichtlich ihres Standpunktes jener Frage gegenüber zur Unterschrift vorgelegt, wodurch voraussichtlich dieselbe Katastrophe, die ehedem Gießen durch das Vorgehen des Bischofs von Mainz betroffen hat, über die katholisch-theologische Fakultät in Bonn ehestens hereinbrechen wird.

München, 29. Septbr. Der König hat im Laufe des gestrigen Tages mit den Staatsministern v. Pretzschner und v. Braun konferirt und Abends den Prinzen Arnulph empfangen, welcher, wie bereits gemeldet, heute zu seinem Regiment nach dem Kriegsschauplatz wieder abgereist ist. (Allg. Z.)

— Die Stadt Nürnberg, respektive deren Gemeinde-Kollegien, hat eine eigene Adresse in Bezug auf die Lösung der deutschen Frage an den König gerichtet. Dieselbe, nur in der Motivirung von der bekannten münchener Eingabe abweichend, lautet dortigen Blättern zufolge:]

Der Zug der Einigung der deutschen Nation ist unaufhaltsam und nimmermehr wird das deutsche Volk, welches die ruhmvollsten Siege in der Weltgeschichte als Resultat seiner gegenwärtigen Waffengemeinschaft erlebt hat, eine Fortdauer der deutschen Zerrissenheit im Frieden zugeben. Die Sicherheit nach außen, sowie die volle Entwickelung aller staatlichen Thätigkeiten im Innern, erheischt nothwendig die verfassungsmäßige Einigung, die friedliche, dauernde Ueberbrückung der Mainlinie. Wir wissen, daß die künftige Verfassung Deutschlands die Kabinete beschäftigt. Wir erachten es als unsere Pflicht, rasch und vor Abschluß der Verhandlungen unsere Ueberzeugung in den Worten niederzulegen: daß einen dauernden Bestand nur die volle Befriedigung der Wünsche des deutschen Volkes verbürgt. Die Grundlage solcher Bürgschaft finden wir in den freiheitlich zu entwickelnden Prinzipien der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Ehrfurchtvollst richten wir an Ew. königliche Majestät die ganz gehorsame Bitte: „Ew. Majestät möge geruhen, durch Vereinbarung mit den verbündeten Staaten die Vollendung des deutschen Bundesstaats auf Grundlage der Verfassung des derzeitigen Norddeutschen Bundes als Abschluß des opferreichen nationalen Kampfes herbeizuführen.“

Rom. General Cadorna hat folgendes Manifest an die Römer erlassen:

Römer! Das gute Recht und die Tapferkeit des Heeres haben mich in wenigen Stunden zu Euch gebracht, die Ihr die Freiheit zurück verlangtet. Eure Zukunft, wie jene der Nation liegt fortan in Euren Händen. Gekräftigt durch Eure freien Stimmen, wird Italien den Ruhm haben, endlich das große Problem zu lösen, das so lange die moderne Gesellschaft schmerzlich berührt hatte. Ich danke Euch im Namen des Heeres für den uns bereiteten fröhlichen Empfang. Die Ordnung ward bisher bewunderungswürdig aufrecht erhalten, fährt fort, sie zu hüten, denn ohne Ordnung giebt es keine Freiheit. Römer! Der Morgen des 20. September 1870 bezeichnet einen der denkwürdigsten Tage der Geschichte. Rom ist noch einmal und für immer die große Hauptstadt einer großen Nation geworden.

Der „Bund“ erhält folgendes wichtige Aktenstück, welches die Grundlagen einer Uebereinkunft zwischen Italien und dem Papste aufstellt:

Der souveräne Papst behält die Würde, die Unverletzlichkeit und alle anderen Prärogative der Souveränetät und überdies alle Vorrechte gegen den König und die übrigen Souveräne, welche durch die hergebrachte Uebung festgesetzt sind. Den Kardinälen der römischen Kirche verbleiben der Titel „Fürst“ und die gehörenden Ehren. Die leoninische Stadt verbleibt unter der vollen Souveränetät und Jurisdiktion des Papstes. Die italienische Regierung garantirt auf ihrem Gebiete: a) die Freiheit der Beziehungen des souveränen Papstes mit den Staaten, der Geistlichkeit und den fremden Völkern; b) die diplomatische Immunität der päpstlichen Nuntien oder Legaten bei den fremden Mächten und der fremden Repräsentanten beim römischen Stuhl. Die italienische Regierung verpflichtet sich, alle geistlichen Institutionen, Aemter, Korporationen und ihre Verwaltungen, wie sie jetzt in Rom bestehen, aufrechtzuerhalten; aber sie erkennt keinerlei zivile oder Strafjurisdiktion derselben an. Die Regierung verpflichtet sich ferner, auch alles geistliche Eigenthum, dessen Ertrag bisher geistlichen Stellen, Aemtern, Korporationen, Institutionen oder Körperschaften mit dem Sitze in Rom oder in der leoninischen Stadt gehörte, unversehrt zu erhalten und dasselbe keiner besonderen Steuer zu unterwerfen. Die Regierung mischt sich nicht in die innere Disziplin der religiösen Körperschaften in Rom. Die Bischöfe und Pfarrer des Königreiches sind in ihren respektiven Diözesen und Pfarrgemeinden von jeder Einmischung der Regierung in ihr geistliches Amt befreit. Se. Majestät verzichtet zu Gunsten der Kirche auf alle königlichen Patronatsrechte über die Beneficia ecclesiastica majora oder minora der Stadt Rom. Die italienische Regierung setzt den dem Heiligen Stuhl und dem Sacrum Collegium eine fixe und unantastbare Dotation aus, welche nicht geringer sein soll, als diejenige, welche gegenwärtig auf dem Budget des Kirchenstaates für dieselben in Anschlag gebracht ist. Die königliche Regierung behält für die römischen Zivil- und Militär-Beamten deren Grade, Besoldungen und Anziennetäts-Rechte bei. Diese Artikel werden als ein bilateraler öffentlicher Vertrag betrachtet und Gegenstand einer Verständigung mit den Mächten bilden, welche katholische Unterthanen haben. Italien ist heute noch bereit, dieselben als Grundlagen einer Lösung zu adoptiren.

Die klerikale „Armonia“ veröffentlicht das nachstehende, von dem Papste unterm 19. d. M. an den General Kanzler gerichtete Schreiben, das jedenfalls ein historisches Interesse bietet:

„Herr General! In dem Augenblicke, in welchem ein großes Sakrilegium und die größte Ungerechtigkeit begangen werden soll und die Armee eines katholischen Königs ohne Herausforderung, ja ohne den Anschein irgend welchen Motives die Hauptstadt der katholischen Welt belagernd umgibt, fühle ich zunächst das Bedürfniß, Ihnen, Herr General, und allen unseren Truppen für die bis jetzt eingenommene edle Haltung, für die dem Heiligen Stuhle bekundete Liebe und für den Willen zu danken, sich ganz der Vertheidigung dieser Metropole widmen zu wollen. Mögen diese Worte ein solennes Dokument sein, um Zeugniß abzulegen für die Disziplin, die Loyalität und die Tapferkeit der im Dienste dieses Heiligen Stuhles stehenden Truppen. Bezüglich der Dauer der Vertheidigung bin ich verpflichtet, anzuordnen, daß sie einzig und allein in einem Proteste bestehen darf, der geeignet ist, die Gewaltthat und nur dieses zu konstatiren; es sollen nämlich, sobald Bresche geschossen sein wird, Unterhandlungen bezüglich der Uebergabe eröffnet werden. In einem Augenblicke, in welchem das gesammte Europa die überaus zahlreichen Opfer beweint, welche in Folge eines Krieges zwischen zwei großen Nationen fallen, soll nun und nimmer gesagt werden können, daß der Stellvertreter Jesu Christi, wenn auch ungerechterweise angegriffen, seine Zustimmung zu vielem Blutvergießen gegeben hätte. Unsere Sache ist Gottes Sache, und wir setzen unser ganzes Vertrauen in ihn. Von ganzem Herzen segne ich Sie, Herr General, und alle unsere Truppen.“

Posen, 3. Oktober.

— Die Erwiderung des Oberpräsidenten Hrn. Grafen von Königsmarck auf die Beschwerde einiger polnischer Bürger aus Schrimm, welche sich über Ausschreitungen der deutschen Bevölkerung gegen sie anläßlich der Siegesnachrichten von Sedan beklagt hatten, wird vom „Dziennik poznanski“ veröffentlicht; dieselbe ist datirt vom 17. September und weist die Beschwerdeführer im Eingange darauf hin, daß insofern die Beschwerde sich lediglich auf die Polizeibehörde in Schrimm beziehe, dieselbe zunächst den Instanzenweg durch das Landrathsamt und die Regierung hätte einhalten müssen. Da dies nicht geschehen sei, so hätten die Beschwerdeführer zweifelsohne nur bewirken wollen, daß die Vorgänge in Schrimm vom 3. September unmittelbar zur Kenntniß des Oberpräsidenten kämen. Von diesem Gesichtspunkte aus zögere der Oberpräsident nicht, sein Bedauern auszudrücken, daß auch in Schrimm wie fast in allen Städten der Provinz Ausschreitungen stattgehabt hätten, die nur aus dem nationalen Antagonismus zu erklären seien. Daß speziell die Exzesse in Schrimm in Folge eines Aufrufs des dortigen Bürgermeisters Rump stattgefunden hätten, könne nicht mit Recht angenommen werden. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn der Aufruf (zur Siegesfeier) von dem Bürgermeister anstatt von der Polizeibehörde ausgegangen wäre; im Wesentlichen wäre dadurch nichts geändert worden. Diejenigen, welche man durch die Untersuchung strafbar befunden habe, seien übrigens bereits ohne Rücksicht auf ihre Nationalität bestraft. Schließlich fordert der Herr Oberpräsident die Beschwerdeführer auf, sich nicht zu verhehlen, daß alle aufrichtigen Unterthanen des Königs das natürliche Bedürfniß fühlen, ihrer Freude über Seine und Seiner Armee glänzende Siege Ausdruck zu geben und daß diejenigen, welche dem gegenüber aktiv oder auch nur passiv demonstriren, sich selbst die etwaigen Folgen ihres Mangels an Lebensklugheit zuzuschreiben haben.

Der „Dziennik“ macht dazu die Bemerkung, daß, abgesehen davon, daß bis jetzt noch Niemand in dieser Angelegenheit bestraft worden sei, der Zweck der Beschwerde in der That nur der gewesen sei, zu erfahren, wie die höheren Behörden sich zu den Exzessen des Pöbels verhalten, der sich „für straflos hält und heut Hosiannah schreit, wo er morgen kreuzigt.“ An der Bestrafung dieses Pöbels habe den Beschwerdeführern so wenig gelegen, wie an der Entschädigung für die eingeworfenen Scheiben. Der Zweck der Beschwerde sei also erreicht.

— Die Division Kummer hat in der Schlacht von Noisseville laut offiziellen Berichten folgende Verluste gehabt: todt 2 Offiziere, 37 Mannschaften; verwundet 23 Offiziere, 350 Mann; vermißt 21 Mann.

Bromberg, 1. Oktober. In der vergangenen Nacht verstarb nach längerem Krankenlager Herr Regierungs-Präsident Naumann im 74. Lebensjahre. Der Verstorbene folgte im Jahre 1864 dem nach Trier von hier versetzten, gleichfalls bereits verstorbenen Herrn Präsidenten v. Schleinitz. Herr Präsident Naumann war bis zu seinem hiesigen Eintreffen Präsident der Regierung in Köslin. Seine geschwächte Gesundheit veranlaßte ihn, seine Pensionirung zu beantragen, welche mit dem heutigen Tage beginnen sollte. Treue Pflichterfüllung und angestrengte Thätigkeit, sowie strenge Rechtlichkeit zeichneten die Wirksamkeit des Verewigten während seiner Amtsführung hierselbst aus. (Br. Z.)

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 3. Oktober. Heute beginnt unter dem Vorsitze des Kreisgerichts-Direktors Albinus aus Ostrowo die neue Schwurgerichtsperiode, in welcher folgende Sachen zur Verhandlung kommen:

Am 3. Oktober 1) wider den Tagearbeiter Nikodem Krzywinski wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle; 2) wider den Tagearbeiter Peter Blaszak wegen Meuterei.

Am 4. Oktober 1) wider die Arbeiter Sylvester Andrzejewski und 2) Joseph Weiß wegen wiederholten Diebstahls im Rückfalle; 3) wider den Knecht Peter Wasik wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit.

Am 5. Oktober 1) wider die Arbeiterfrau Juliane Lobstein wegen schweren und einfachen Diebstahls im ersten Rückfalle; 2) wider den Lehrer Karl Basche wegen wissentlichen Meineids.

Am 6. Oktober 1) wider den Arbeiter Boleslaus Paprzycki wegen 14 schwerer und einfacher Diebstähle im wiederholten Rückfalle; 2) wider die Schifferfrau Wanda Schmidt, die Wittwe Weronika Jasinska, die Schifferfrau Pauline Jancke und die Krankenwärterfrau Anna Sturm wegen wiederholter Hehlerei im Rückfalle und gewohnheitsmäßiger Hehlerei; 3) wider die Gärtnerfrau Marianna Radomska wegen wiederholter Hehlerei; 4) wider den Arbeiter Valentin Kiazkiewicz wegen Hehlerei.

Am 7. Oktober wider den Schmied Sylvester Szylderowicz wegen versuchten Mordes.

Am 8. Oktober 1) wider den Böttcher F. Wielinski wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit; 2) wider die Arbeiter Ludwig Cegielski und Wawrzyn Drewniak wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle; 3) wider die unverehelichte Katharina Sikorska, die Schlosserfrau Marianna Stęszewska und die Wittwe Konstantia Skrzypczak wegen Hehlerei.

Am 10. Oktober wider den Schuhmachergesellen Vinzent Komplerowicz wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sitzung mit dem 10. Oktober nicht beendet sein, vielmehr noch einige Tage mehr in Anspruch nehmen, da die im September angestandene Sitzung, welche sonst die längste im ganzen Jahre zu sein pflegt, dieses Mal nur etwa 5 Tage lang gedauert hat.

Angekommene Fremde vom 3. Oktober.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbes. v. Bulhak a. Polen, Graf Potulicki a. Gr.-Jezlory, v. Skorzewski u. Sohn a. Rossocyce, v. Sczaniecki u. Frau a. Międzychod, Landrath v. Richthofen a. Neutomysl, Major Rieger a. Posen, Hauptm. Kopnik v. Frau a. Wreschen, die Kaufl. Cospor u. Frau a. Magdeburg, Kottlarczik a. Breslau, Manteuffel, Labisch u. Hartmann a. Berlin, Mülford a. Stettin, de Bary a. Offenbach a. M., Scheitler a. Leipzig, Kontze a. Görlitz.

HOTEL DE BERLIN. Königl. Domänenpächter Doberr u. Frau aus Altkloster, die Rittergutsbes. Baron v. Alten a. Radki, Nitze a. Chwalkowo, Busse a. Chlewisko, Nehring a. Sokolnik, die Gutsbes. Weiert a. Cesla, Liedelt a. Gostyn, v. NiemiJecki a. Ustarzewo, Kantor Tamm u. Tochter a. Kotzenau, Distriktsamtsverw. Rost a. Dolzig, die Kaufl. Großmann v. Scherz a. Berlin, Meyer a. Bremen, Mentzel a. Stettin, Busch a. Bingen.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Neueste Depeschen.

Ferrieres, 2. Oktober. Der Bericht, den der Times-Korrespondent Russel über die Unterredung des Königs Wilhelm mit dem Kaiser Napoleon (vergl. das Morgenblatt von Nr. 290 der Pos. Ztg.) abgestattet hat, beruht durchaus auf Erfindung.

Florenz, 2. Oktober, Abends. Zahlreiche Depeschen aus Rom konstatiren die große Betheiligung der Bevölkerung am Plebiszit. Enthusiasmus bedeutend. Personen, die ihr Votum abgaben, durchziehen die Stadt mit dem Rufe: Es lebe Italien und der König. Die Depeschen anderer römischer Städte konstatiren denselben Enthusiasmus und Betheiligung am Plebiszit. Es heißt, die Deputation mit dem Resultat des Plebiszits trifft Donnerstag ein.

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 1. Oktober, Nachmittags 1 Uhr. Wetter schön. Weizen niedriger, hiesiger loko 8, 20, fremder loko 7, 20, pr. November 6, $27\frac{1}{2}$, pr. März 7, $5\frac{1}{2}$. Roggen flau, loko 6, $7\frac{1}{2}$, pr. Novbr. 5, 1, pr. März 6, 7. Hafer loko $5\frac{1}{4}$. Rüböl behauptet, loko $15\frac{2}{10}$, pr. Oktober $14\frac{8}{10}$, pr. Mai $14\frac{4}{10}$. Leinöl loko $11\frac{3}{4}$. Spiritus loko $20\frac{1}{2}$.

Breslau, 1. Oktober, Nachmittags. Spiritus 8000 Tr. 15. Weizen pr. Oktober 72. Roggen pr. Oktober-November $45\frac{7}{8}$, pr. Novbr.-Dezbr. $45\frac{7}{8}$, pr. Mai 47. Rüböl loko $13\frac{5}{6}$, pr. Oktober $13\frac{1}{2}$, pr. April-Mai $13\frac{5}{12}$.

Bremen, 1. Oktober. Petroleum, Standard white loko $6\frac{7}{12}$. Unverändert.

Hamburg, 1. Oktober, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loko preishaltend, auf Termine flau. Weizen pr. Oktober 127-pfd. 2000 Pfd. in Mk. Bco. $144\frac{1}{2}$ B., $143\frac{1}{2}$ G., pr. Oktober-November 127-pfd. 2000 Pfd. in Mk. Banko $142\frac{1}{2}$ B., 142 G., pr. November-Dezember 127-pfd. 2000 Pfd. in Mk. Banko $142\frac{1}{2}$ B. 142 G. Roggen pr. Oktober 100 B., 99 G., pr. Oktober-November 100 B., 99 G., pr. November-Dezember 100 B., 99 G. Hafer und Gerste still. Rüböl fest, loko und pr. Oktober $28\frac{5}{8}$, pr. Mai $27\frac{5}{8}$. Spiritus flau, loko pr. Oktober und pr. November $1\frac{1}{2}$. Kaffee fest, verkauft 2000 Sack. Petroleum still, Standard white loko 15 B., $14\frac{1}{2}$ G., pr. Oktober $14\frac{3}{4}$ G., pr. November-Dezember $14\frac{1}{2}$ G. Gekündigt 3000 Barrels. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 1. Oktober, Nachmittags. (Schlußbericht.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Stetig.

Middling Orleans $8\frac{7}{8}$, middling amerikanische $8\frac{5}{8}$, fair Dhollerah $6\frac{7}{8}$, middling fair Dhollerah $6\frac{3}{8}$, good middling Dhollerah $5\frac{1}{2}$, fair Bengal $6\frac{3}{4}$, New fair Domra $6\frac{7}{8}$, good fair Domra $7\frac{1}{2}$, Pernam $9\frac{1}{8}$, Smyrna $7\frac{3}{4}$, Egyptische .

Manchester, 1. Oktober, Nachmittags. (Bericht von Julius Lesser & Co.) 12r Water Rylands $8\frac{3}{4}$, 12r Water Taylor $10\frac{3}{4}$, 20r Water Nicholls 12, 30r Water Gidlow $13\frac{1}{2}$, 30r Water Clayton 14, 40r Mule Mayoll $12\frac{1}{2}$, 40r Medio Wilkinson $14\frac{1}{2}$, 36r Warpcops Qualität Rowland $13\frac{1}{4}$, 40r Double Weston $14\frac{1}{2}$, 60r do. do. $16\frac{3}{4}$. Printers $^{16}/_{16}$ $^{34}/_{50}$ $8\frac{1}{2}$pfd. 123. Zu billigen Preisen mehr Geschäft.

Amsterdam, 1. Oktober, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen pr. Oktober $177\frac{1}{2}$, pr März $187\frac{1}{2}$. — Sehr schönes Wetter.

Antwerpen, 1. Oktober, Nachmitt. 2 Uhr 30 Minut. Getreide-Markt. Weizen behauptet, amerikanischer $31\frac{1}{2}$. Roggen ruhig, französischer $21\frac{1}{2}$. Hafer fest. Gerste flau. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loko $52\frac{1}{2}$ bz. u. B., pr. Oktober $52\frac{1}{2}$ B., pr. November 53 B., pr. Dezember $53\frac{1}{2}$ B.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
1 Oktbr.	Nachm. 2	28" 7''' 08	+ 13 0	O 0-1	halbh. Cu-st. Cu.
1 .	Abnds. 10	28" 6''' 74	+ 7 8	O 0	heiter. St.
2. .	Morgs. 6	28" 6''' 67	+ 4 4	W 0	halbh. St., Cu.
2. .	Nachm. 2	28" 6''' 24	+ 13 0	W 0-1	heiter. St., Ci-st.
2. .	Abnds. 10	28" 5''' 75	+ 7 6	W 0	ganz heiter. St.
3. .	Morgs. 6	28" 5''' 29	+ 3 8	W 0	heiter.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. Oktbr. 1870 Vormittags 8 Uhr, 2 Fuß — Zoll.
" " 3. " " " " 2 " — "

Breslau, 1. Oktober. Fonds-Börse.

Breslau, 1. Oktober. Fonds-Börse. Die Börse eröffnete auf feste Wiener Frühkurse in guter Stimmung, wobei besonders österreichische Kredit-, Lombarden, Türken und Rumänier umgingen, ermattete jedoch bald durch flaue Wiener Privatnotirungen, welche auf einen Artikel des Wiener Tagesblattes zurückgeführt wurden, wonach, trotz des Dementi der russischen Regierung Rüstungen in Rußland stattfinden sollen.

In Fonds waren die Umsätze sehr geringfügig, in schlesischen Pfand- und Rentenbriefen ging Einiges um. Banken geschäftslos. Mährisch-schlesische Prioritäten $71\frac{1}{4}$ bz., Warschau-Wiener $81\frac{3}{8}$ bz. u. G., Prämien billig offerirt, ohne Nehmer zu finden.

[Schlußkurse.] Oesterreichische Loose 1860 —. Minerva —. Schlesische Bank 113 B. do. 2. Emission 111 B. Oesterreich. Kredit-Bankaktien $138\frac{1}{2}$ G. Oberschlesische Prioritäten $78\frac{1}{2}$ B. do. do. —. do. Lit. F. —. do. Lit. G. $88\frac{1}{2}$ bz. do. Lit. H. $88\frac{1}{2}$ bz. Rechte Oder-Ufer-Bahn $86\frac{1}{2}$ B. do. St.-Prioritäten $96\frac{3}{4}$ bz. u. B. Breslau-Schweidnitz-Freib. 107 G. do. neue 98 B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 165 G. Lit. B. —. Amerikaner $95\frac{1}{4}$ B. Italienische Anleihe 53 bz. u. G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 1. Oktober, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. (Verspätet eingetroffen.) Bayerische Militär-Anleihe $96\frac{1}{2}$, Bundesanleihe $97\frac{1}{2}$.

(Schlußkurse.) 6proz. Verein. St.-Anl. pro 1882 $94\frac{1}{2}$. Türken —. Oesterr. Kreditaktien $247\frac{1}{4}$. Oesterreich.-franz Staatsb.-Aktien $363\frac{1}{2}$. 1860er Loose 74. 1864er Loose 109. Lombarden $165\frac{1}{2}$. Kansas — Rockford $67\frac{1}{2}$. Georgia $73\frac{3}{4}$. Peninsular —. Chicago —. Südmissouri 64.

Frankfurt a. M., 1. Oktober. Abends. [Effekten-Sozietät.] Amerikaner $94\frac{3}{8}$, Kreditaktien 241, Staatsbahn $362\frac{1}{2}$, Lombarden $164\frac{1}{2}$. Ruhig.

Wien, 1. Oktober. (Schlußkurse.) Matt.

Silber-Rente 66, 45, Kreditaktien 254, 75, St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 379, 00, Galizier 237, 00, London 124, 50, Böhmische Westbahn 239, 00, Kreditloose 159, 00, 1860er Loose 92, 00, Lomb. Eisenb. 174, 75, 1864r Loose 114, 00, Napoleonsd'or 9, 95.

Wien, 1. Oktober. Abends. [Abendbörse.] Kreditaktien 254, 00, Staatsbahn 379, 00, 1860er Loose 92, 00, 1864er Loose 114, 00, Galizier 236, 50, Lombarden 174, 25, Napoleons 9, $94\frac{1}{2}$. Schluß matt.

Wien, 2. Oktober, Nachmittags. Privatverkehr. (Schluß.) Kreditaktien 252, 75, Staatsbahn 375, 00, 1860er Loose 90, 75, 1864er Loose 112, 00, Galizier 233, 75, Lombarden 174, 00, Napoleon 9, $97\frac{1}{2}$. Schluß besser.

London, 1. Oktober, Nachmittags 4 Uhr.

Konsols $92\frac{1}{16}$. Ital. 5proz. Rente $53\frac{3}{8}$. Lombarden $14\frac{1}{2}$. Türkische Anleihe de 1865 42. 6proz. Verein. St. pr. 1882 $90\frac{3}{8}$.

Newyork, 1. Oktober, Abends 6 Uhr. (Schlußkurse.) Höchste Notirung des Goldagios 14, niedrigste $13\frac{3}{4}$. Wechsel auf London in Gold $109\frac{1}{4}$. Goldagio 14, Bonds de 1882 113, do. de 1885 $112\frac{3}{8}$, do. de 1865 $110\frac{3}{8}$, do. de 1904 $106\frac{1}{2}$, Eriebahn 23, Illinois $136\frac{1}{4}$, Baumwolle $16\frac{3}{8}$, Mehl 5 D. 36 C. a 5 D. 80 C. Raff. Petroleum in Newyork $25\frac{3}{8}$, do. do. Philadelphia $25\frac{3}{8}$, Havannazucker Nr. 12 $10\frac{1}{4}$.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.